

Wem gehört der Bibliotheksetat ?

Bibliotheken stehen vor dem Problem, mit stagnierenden oder schrumpfenden Etats die anwachsenden Mengen an Literatur und Informationen für ihre Nutzer beschaffen und bereitstellen zu müssen. Da der Anteil an der verfügbaren Literatur und Information, den die Bibliotheken bereitstellen können, ständig sinkt, wird es zunehmend schwieriger, zielgenau die Literatur bereitzustellen, die vor Ort benötigt wird. Dies führte dazu, dass Wissenschaftler verlangen, bei der Auswahl beteiligt zu werden bzw. über die Verwendung der Erwerbungsmittel zu bestimmen. Andererseits bemühen sich die Bibliotheken, zusätzliche Mittel aus den Fachbereichen zu akquirieren, um die Angebote aufrechterhalten zu können. Zu diesem Problemfeld hat die Expertengruppe Erwerbung und Bestandsentwicklung des DBV auf dem Bibliothekartag in Dresden eine Veranstaltung durchgeführt mit dem Titel:

Wem gehört der Bibliotheksetat? Oder: Wer bestimmt über die Verteilung der Literaturmittel?

In dieser Veranstaltung wurden die folgenden Lösungsansätze vorgestellt.

Das Verteilungsmodell der Bayerischen Rektorenkonferenz und seine Anwendung in der sich verschärfenden Etatkrise

Herr Albinger erläutert das Bayerischen Etatmodell und dessen Anwendung an der UB Bayreuth.¹ Vor dem Hintergrund der wachsenden Schere zwischen dem Etatbedarf und den tatsächlichen Erwerbungsetats verabschiedete die Bayerische Rektorenkonferenz 2001 ein Etatmodell, das auf einem Paradigmenwechsel von einem bestands- zu einem versorgungsorientierten Erwerbungs- und Konvergenzkonzept beruht. Selten nachgefragte Literatur, auch hochspezielle Zeitschriften, werden nur noch in wenigen Bibliotheken oder sogar nur noch in einer Bibliothek pro Verbund erworben. Automatisierte Fernleih- und Dokumentlieferdienste ermöglichen dennoch dem Benutzer auch für dieses Segment einen Zugang (Paradigmenwechsel). An die Stelle des bisherigen Ansatzes, wonach sich jede UB am Bedarf ihrer Klientel orientiert („Jeder hat alles“), tritt ein Konvergenzkonzept für eine verbesserte Kooperation unter den Bibliotheken mit folgenden Elementen:

- Stärkere Zusammenarbeit aufgrund der neuen Kommunikationsmöglichkeiten
- konsequenter Abbau von inneruniversitären Mehrfachexemplaren (besonders in den alten, zweigleisigen Bibliothekssystemen) vor allem im Bereich der hochpreisigen STM-Zeitschriften,
- gezielter Ausbau der Funktion der BSB München als „last resort“ durch die subsidiäre Bereitstellung von Dokumenten zur Kompensation von Defiziten im universitären Bereich,
- Weiterentwicklung des bisherigen Etatmodells, wobei ein jährlicher Anstieg der SOLL-Zugangszahlen nicht mehr vorgesehen ist, lediglich eine flexible Anpassung an die Preis- und Wechselkursentwicklung.
- In der Praxis werden für die inneruniversitäre Etatverteilung daher auch an der UB Bayreuth folgende Parameter verwendet, deren Akzeptanz durch objektive, bis ins letzte Detail nachvollziehbare, Kriterien begründet ist:
- Ausbaugrad der jeweiligen Fächer und darauf basierend der Quotient für die Sollerwerbung, festgelegt durch die bayerische Rektorenkonferenz als unabhängige und neutrale Instanz;
- Durchschnittspreise, die für die Monographien und die Zeitschriftenbände in den unterschiedlichen Fächern gelten und durch eine externe Stelle auf der Grundlage

¹ <http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2006/223/>

einer breiten Basis nationaler und internationaler Datenbanken des Literaturmarktes ermittelt werden;

- Anzahl der Lehrpersonen und der Studierenden.

Die Mittelverteilung an der UB Bayreuth orientierte sich im Jahr 2005 zu 80% nach dem Bayerischen Etatmodell und zu 20% nach den Lehrpersonen. Seit dem Jahr 2000 hat die UB Bayreuth eine stagnierende Mittelzuweisung und erreicht auch mit Sondermitteln die Sollwerte nach dem Bayerischen Etatmodell nicht. Der Sollbedarf einzelner Fächer wird durch eine Kommission festgelegt. Die Grundlage sind die bayerischen Erwerbungen aus den 80er Jahren unter der Annahme, der Sollbedarf an Büchern bleibt stabil. Zusätzlich wird der Ausbaugrad einer Fakultät berücksichtigt.

Die anschließende Diskussion verdeutlicht, dass das Bayerische Etatmodell auf der Verteilungsseite funktioniert, nicht jedoch auf der Bedarfsseite. Der Bedarf kann mit den zugewiesenen Mitteln nicht gedeckt werden.

Management und betriebliche Steuerung, Mittelverteilung in der UB Chemnitz

Frau Ullmann stellt das Modell zur Verteilung des Literaturetats an der Technischen Universität Chemnitz vor.² Ausgehend von den Erfahrungen mit einem Etatverteilungsmodell, das von 1997 bis 2004 in der TU Chemnitz im Einsatz war, wird ab 2005 ein neues Modell basierend auf dem Bayerischen Etatmodell von 2001 eingesetzt. Für die Anwendung an der UB Chemnitz wurde das Bayerische Etatverteilungsmodell modifiziert. Die UB Chemnitz ist eine einschichtige Bibliothek mit zentralem Geschäftsgang, bestehend aus der Zentralbibliothek und drei Teilbibliotheken. Für die Mittelzuweisung erarbeitet die UB nach dem gültigen Verteilungsmodell einen Vorschlag. Dieser Vorschlag wird durch die Bibliothekskommission beraten und verabschiedet. Es muss eine Bestätigung durch das Rektorat erfolgen. Die Mittel werden der UB zugewiesen. Die Mittelverwendung erfolgt in enger Abstimmung zwischen den Fachbereichen und der Bibliothek.

In den Jahren 1997 bis 2004 kam ein Etatverteilungsmodell auf der Grundlage des Berechnungsschemas des Wissenschaftsrates von 1991 zum Einsatz. Eine Schwäche dieses Modells bestand in der Fächergliederung nach dem Modell des Wissenschaftsrates, da dies zu fakultätsübergreifenden Fächerkombinationen führte. Strukturveränderungen an der TU Chemnitz konnten im Modell nur schwer nachvollzogen werden. Der Mittelbedarf für elektronische Medien wurde im Modell des Wissenschaftsrates nicht berücksichtigt. Fächerspezifische Preisunterschiede wurden bei den Ausgaben für Studierende nicht berücksichtigt. Eine weitere Schwäche bestand darin, dass der prozentuale Anteil für die Zeitschriftenerwerbung auf dem Ist-Stand von 1997 mit 60% des insgesamt zur Verfügung stehenden Literaturetats festgeschrieben und verteilt wurde (nach Vorwegabzug).

Diese Schwächen des Verteilungsmodells führten zu Überlegungen für ein neues Etatverteilungsmodell, welches auf dem Bayerischen Etatmodell von 2001 basiert und ab 2005 eingesetzt wird. Dabei wird der Mittelbedarf für die Printmedien als zentrale Ausgangsgröße auf der Grundlage der Definition des Ausbaugrades der einzelnen Fächer, der Festlegung der Sollerwerbung und einer differenzierten Preisparametrisierung ermittelt. Der Etatbedarf für elektronische Medien, der Mittelbedarf für Einband sowie der Etatbedarf für die studentische Literaturversorgung werden berücksichtigt.

² <http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2006/195/>

Für die Anwendung des Bayerischen Etatmodells für die TU Chemnitz wurden Anpassungen vorgenommen. Es wurde eine dem Profil der TU Chemnitz entsprechende Fächergliederung festgelegt. Die einzelnen Fächergruppen wurden unter Berücksichtigung der C3- und C4-Stellen der Studiengänge als zentrale Größe im Modell definiert. Die Sollerwerbungsanzahlen für Monographien und Zeitschriften wurden entsprechend des Ausbaugrades erhöht bzw. abgesenkt. Sondertatbestände wie Normen, studentische Literaturversorgung, Eigenanteil an UB Sonderprojekten wurden separat durch Vorwegabzug behandelt.

Das Modell wurde unter Beteiligung der Gremien durch das Rektorat im Januar 2005 bestätigt und erstmals für das Haushaltsjahr 2005 angewendet.

Dieses Modell bietet eine größere Transparenz und erlaubt eine schnellere Reaktion auf strukturelle Veränderungen in den Fachgebieten. Das Modell wird im Jahr 2006 an Hand aktueller Preisermittlungen und einer speziellen Betrachtung der Entwicklung der elektronischen Medien überprüft werden. Die Entwicklung des Modells in Bayern wird weiterhin beobachtet.

In der Praxis hat sich eine Schwäche des Bayerischen Etat-Modells im Fachgebiet Maschinenbau gezeigt, welches in Bayern nicht so ausgebaut erscheint, und demzufolge in diesem Bereich für die TU Chemnitz nur bedingt anwendbar ist.

In der Diskussion wurde gefragt,

- ob dieses System zu einer Belohnung der Fächer mit der höchsten Preisentwicklung führt und
- ob statt der Durchschnittspreise der eingekauften Materialien nicht der Preisindex der jeweiligen Fachliteratur zugrunde gelegt werden sollte.

Wenn man das Ziel hat, dass die alle Fächer die gleichen Anteile an den Literaturausgaben behalten sollen, führt die Berücksichtigung der fachbezogenen Preisindizes zu einer Verschiebung der Literaturmittel zu den Fächern mit hoher Teuerungsrate zu Lasten der Fächer mit geringer Teuerungsrate. Wenn man aber zum Ziel hat, dass die Fächer ihren realen Anteil an der Literaturbeschaffung behalten sollen, ist diese Verschiebung erforderlich, weil sonst die Fächer mit hoher Preissteigerung am realen Literaturbezug stetig verlieren.

Die Durchschnittspreise des Angebotes sind für die Verteilung der Literaturmittel ein unzureichende Indices, da in diesen Durchschnittspreisen auch alle Literatur enthalten ist, die zwar zum Fach gehört aber für die Wissenschaftler vor Ort uninteressant sind. Deshalb sind die Durchschnittspreise der beschafften Literatur für die konkrete Etatplanung zutreffender, da hier nur die Literatur in die Durchschnittspreisberechnung eingeht, die für die Wissenschaftler vor Ort relevant ist.

Literaturausgaben in einem Bibliothekssystem: Verteilung und Neuverteilung – ein Werkstattbericht

Ein anderes Modell stellt Herr Junkes-Kirchen von der UB Frankfurt/Main vor.³ Die Zusammenführung der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt mit der Senckenbergischen Bibliothek zur Universitätsbibliothek Johannes Christian Senckenberg zum 1.01.2005 bedeutet einen grundlegenden Neustrukturierungsprozess. Parallel zur Neugliederung von Fachbereichen und Schwerpunktbildungen an der Universität formiert sich das Bibliothekssystem auf der Basis der funktionalen Einschichtigkeit neu. Die Grundsätze der funktionalen Einschichtigkeit sind im Hessischen Hochschulgesetz festgeschrieben. Unter

³ <http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2006/227/>

anderem ist hier die zentrale Bewirtschaftung der dem Bibliothekswesen zugewiesenen Mittel festgelegt. Seit dem 1.01.2005 erhält die UB Mittel zur zentralen Bewirtschaftung. Eine zentrale Bewirtschaftung durch die UB findet de facto jedoch noch nicht statt. Aufgrund der Historie finanzieren die Fachbereiche weiterhin „ihre“ Bibliotheken. Zielvereinbarungen regeln die Höhe der Zuweisungen an die Fachbereichsbibliotheken und teilweise die Höhe der in der UB aufzuwendenden Mittel. Die Etatverteilung an die UB ist größtenteils durch die Kosten für Zeitschriftenabonnements, die Eigenleistungen für die Sondersammelgebiete, Sondersammlungen, konsortiale Bindungen sowie Beteiligungen an elektronischen Produkten vorgegeben.

Um die Transformation zur funktionalen Einschichtigkeit umzusetzen, haben sich verschiedene Maßnahmen als zweckmässig herausgestellt. Wesentliche Eckpunkte für die Konzeption und Ausgestaltung sind dabei Zielvereinbarungen mit den Fachbereichen, in denen auch die finanziellen Aspekte der Literaturversorgung verhandelt und temporär festgeschrieben werden, sowie die Möglichkeit konsortialer Lösungen. Das Spektrum der Umsetzung der funktionalen Einschichtigkeit reicht von sehr positiven Auswirkungen sich für den Fachbereich Chemie bis hin zu sehr schwierigen Verhandlungssituationen im Fachbereich „Sprach- und Kulturwissenschaften“. Der Fachbereich Chemie verfügt heute durch konsortiale Lösungen über eine wesentlich bessere Literaturversorgung. Dieser Fortschritt ist möglich, da der Fachbereich Chemie ein sehr homogener Fachbereich ist, mit einem einzigen Verhandlungspartner innerhalb des Fachbereiches. Im Fachbereich „Sprach- und Kulturwissenschaften“ sind die Verhandlungen sehr schwierig, da es zwanzig heterogene Fächer gibt. Zudem ist die Literaturerwerbung für Fächer mit und ohne Sondersammelgebiet sehr unterschiedlich. Auch stimmt die Fächerstruktur des Fachbereiches nicht mit der Fächerstruktur der UB überein.

Es ist festzustellen, dass die Etatverteilung nicht „von heute auf morgen“ verändert werden kann. Zunächst muss die vorhandene Komplexität reduziert und für Transparenz in der Etatverteilung gesorgt werden. Eine Etatneuverteilung muss objektiv begründbar sein. Die Zielvorgaben können nur mittelfristig umgesetzt werden.

In der Diskussion wurden Fragen zu den Absprachen mit den Fachbereichen diskutiert Hier ist insbesondere die Abstimmung mit kleineren Teilbibliotheken ein Problem. Eine aktive Informationsvermittlung in einem 3-Stufenverfahren hat sich bewährt: die Zentralbibliothek informiert die Bereichsbibliothek und die Kleinstbibliotheken werden von der Bereichsbibliothek informiert.

Einspareffekte sind dort gegeben, wo durch Neubauten und Zusammenführungen von Bibliotheken Synergien erzeugt werden. Das vorgestellte Modell funktioniert nur durch Neustrukturierung der Universität, die Umsetzung wird noch einige Jahre in Anspruch nehmen.

Kooperative Finanzierung, zentrales Management: Ressourcenkonzentration im zweischichtigen Bibliothekssystem

Frau Specht erläutert die Etatverteilung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.⁴ Neben der Universitäts- und Landesbibliothek als zentraler Einrichtung existieren circa 150 Instituts- und Seminarbibliotheken unterschiedlichster Größe und Ausstattung. Diese Zweischichtigkeit ist in der Bonner Universitätsverfassung verankert. Insbesondere bei elektronischen Informationsangeboten wirkt sich ein dezentraler Ansatz nachteilig aus,

⁴ <http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2006/205/>

sowohl im Hinblick auf die Vertragsverhandlungen als auch im Hinblick auf die campusweite Bereitstellung von Informationsressourcen. Aus diesem Grund hat die ULB von Beginn an die zentrale Verwaltung der elektronischen Angebote unter finanzieller Beteiligung der Fächer übernommen. Die Auswahl der elektronischen Quellen erfolgt i.d.R. durch Fachwissenschaftler. Das Verfahren ist hochschulweit festgeschrieben und sieht eine finanzielle Beteiligung der Institute in Höhe von 50% vor. Fachübergreifende Angebote werden zentral durch die ULB finanziert. Diese kooperative Finanzierung in Abstimmung mit den Instituten bringt den Vorteil einer bedarfsorientierten Erwerbung, erfordert jedoch im Gegenzug einen hohen Abstimmungsaufwand, sowie den Aufwand durch Weiterberechnung an die Institute.

Auf dem Gebiet der elektronischen Ressourcenverwaltung wird mit Kooperationsverträgen mit den Fakultäten ein wichtiger Schritt in Richtung funktionaler Einschichtigkeit vollzogen. Seit 2002 wurden Kooperationsverträge mit der Medizinischen Fakultät sowie verschiedenen mathematisch-naturwissenschaftlichen Fachbereichen abgeschlossen. Ziele dieser Kooperationsvereinbarungen sind u.a. die Orientierung des Mitteleinsatzes am Bedarf der Fächer, Kosteneinsparungen durch Reduktion des Verwaltungsaufwand sowie durch Aushandeln günstiger Bezugsbedingungen, und Kosteneinsparungen durch Reduktion von Mehrfachabonnements. Der Vorteil für die Institute liegt dabei in einer größeren Titelvielfalt, die sich durch die Zusammenlegung der Mittel ergibt, sowie in der Entlastung von bibliothekarischen Aufgaben. Andererseits geben sie die ungeteilte Verfügungsgewalt über ihre Etats auf und lassen sich auf teils langwierige Einigungsprozesse ein. Eine Voraussetzung für die Erreichung dieser Ziele ist die grundsätzliche Kooperationsbereitschaft der Institute. Die Umsetzung erfolgt durch Festlegung des für das erste Jahr zur Verfügung stehenden Finanzpools, die Entscheidung über Abonnements und deren Standorte und schließlich die Übernahme der Abonnements durch die ULB mit allen verwaltungstechnischen Arbeiten. Die ULB kann als erste Erfolge eine Reduktion von ca. 200 Mehrfachexemplaren vorweisen. Alle Abonnements sind in der ZDB und EZB nachgewiesen. Soweit verfügbar, werden grundsätzlich Print und Online-Abonnements veranlasst.

Die UB gewinnt durch die zentrale Ressourcenverwaltung einen größeren Handlungsspielraum bei Verhandlungen und Vertragsabschlüssen mit Anbietern. Ihre Position bei den Fächern wird gestärkt, da sie eng in den Entscheidungsprozess eingebunden ist und im besten Falle auch Einfluss darauf nehmen kann.

In der Diskussion wird nach den Laufzeiten der Kooperationsabkommen und damit verbunden nach der Größe des Kooperationsfonds gefragt. Die Kooperationsabkommen haben eine jährliche Kündigungsfrist. Der Kooperationsfond wird jährlich um die Jahresmitte festgelegt. Es ist auch festzuhalten, dass Kooperationsvereinbarungen mit zusätzlichem personellem Aufwand verbunden sind.

„Alte“ Mittelverteilung und „Neue“ Medien – Erfahrungen der UB Siegen 1998 - 2005

Herr Reinhard berichtet über die Erfahrungen der UB Siegen aus den letzten 8 Jahren.⁵ Dies ist der Zeitraum, in dem für die Beschaffung elektronischer Ressourcen ein zentraler Etatanteil zur Verfügung gestellt wurde.

Seit 1980 werden in der Universität Siegen die Mittel der UB für Literaturerwerb formelmäßig auf Fachetats verteilt. Dabei werden 80% des zur Verfügung stehenden

⁵ <http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2006/222/>

Etatanteils nach Wissenschaftlerzahlen und 20% nach den Studierendenzahlen aufgeteilt. Verknüpft wird dies mit einem Bedarfsfaktor und dem Durchschnittspreis, der über Monographien und Zeitschriften hinweg berechnet wird. Aus den Fachetats sind alle erforderlichen Ausgaben für Monographien, Zeitschriften und sonstige Materialien unabhängig vom Erscheinungsformat zu bestreiten. Die Verwendung der Mittel erfolgt in enger Absprache zwischen der UB und den vertretenen Fächern. Änderungen an diesem Verteilungsmodell haben sich über die vergangenen 8 Jahre lediglich für den Bedarfsfaktor für einige wenige Fächer ergeben.

Deshalb werden besonders die Vorwegabzüge betrachtet. Zusätzlich zu den bekannten Aspekten wie Lehrbuchsammlung, Einband, Berufungsvereinbarungen gibt es an der UB Siegen einen weiteren Vorwegabzug für elektronische Zeitschriften und Datenbanken. Um diesen Vorwegabzug geht es, wenn über „Alte“ Mittelverteilung und „Neue“ Medien berichtet wird.

1998 wurde erstmals durch die Bibliothekskommission ein Betrag für den Erwerb von CD-ROM-Datenbanken bereitgestellt. Die Verwendungsmöglichkeit wurde im Laufe der Jahre auf den Erwerb elektronischer Zeitschriften insbesondere für die Kosten im Rahmen von Konsortialverträgen erweitert. In der Regel werden 50% der Kosten für die elektronische Version von Zeitschriften aus diesem Vorwegabzug getragen, sobald das jeweilige Fach auf die Papierversion verzichtet.

Im Bereich der Datenbanken ist der Formatwechsel auf rein elektronischen Bezug abgeschlossen und es ist von den Fächern akzeptiert worden, dass diese Informationen nur noch elektronisch vorhanden sind.

Bei der zentralen Mittelverteilung stellt sich die Frage der Fächergerechtigkeit. Beispielsweise wird eine kostenintensive Datenbank wie der Web of Science gemeinschaftlich zu 50% über die Fächer Allgemeines, Chemie und Physik finanziert, obwohl von diesem Angebot die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften nur gering profitieren. Ein weiteres Beispiel ist die kostenintensive Datenbank SciFinder im Fachgebiet Chemie. Der Ansatz für die Mittelverteilung im Fachgebiet Chemie ist gerade noch hinreichend für die Beschaffung der notwendigen Zeitschriften, mit einem geringen verbleibenden Betrag für die Beschaffung von Monographien. Die Kosten für SciFinder und die Zeitschriftenpakete der beiden Chemiegesellschaften kämen noch hinzu. Daraus ist ersichtlich, dass der Mittelansatz für das Fachgebiet Chemie nicht ausreicht. Hier wird den Hochschulgremien eine neue Mittelverteilung vorzuschlagen sein.

Ein Problem bei den Zeitschriften sind die Nicht-Abbestellklauseln bei Konsortialabkommen, die nur minimale Abbestellmöglichkeiten erlauben. Das kann dazu führen, dass die UB Siegen aus Konsortialabkommen aussteigen muss, weil für bestimmte Fächer notwendige Abbestellungen vorgenommen werden müssen.

Offen sind noch die Fragen, wie die Mittel zu verteilen sind, wenn es zukünftig Zeitschriften als Datenbankangebote geben wird und diese Datenbanken nicht eindeutig einem Fach zuzuordnen sein werden. Hier stellt sich die Frage der Kostenverteilung neu. Auch wird die Berücksichtigung von Nutzungszahlen eine Rolle spielen.

In der anschließenden Diskussion wird die Frage nach den Zeitschriften als Datenbanken vertieft. Es sind Pay-per-View-Abrechnungen ebenso denkbar wie „Flat fees“, wie sie im Datenbankbereich angeboten werden, also nutzungsunabhängige Jahresgebühren. Allerdings

werden im STM-Bereich gewisse Schwierigkeiten erwartet, für die Geisteswissenschaften könnte dieser Bereich einfacher sein.

Dezentralisierung des Literaturetats an der Technischen Universität Kaiserslautern

Herr Wildermuth erläutert die Etatverteilung an der UB Kaiserslautern.⁶ Die UB Kaiserslautern wurde von Anfang an als einschichtige Bibliothek mit dezentralen Benutzungsstandorten konzipiert. Die interne Mittelverteilung erfolgt in der Ressourcenverteilungs-Kommission mit Verabschiedung im Senat nach der Zuweisung der Mittel an die Universität durch das Ministerium.

17,5% der für die Literatur- und Informationsversorgung einzusetzenden Sachmittel wurden im Jahr 2003 für Sachausgaben der UB und für elektronische Ressourcen reserviert. 82,5% wurden in der Bibliothekskommission gemäss dem Bibliotheksschlüssel auf Fachbereichs-Kontingente und eine Position für Fächer übergreifenden Kauf aufgeteilt. Im historisch gewachsenen und seit vielen Jahren unveränderten Bibliotheksschlüssel sind unter anderem berücksichtigt worden: unterschiedliche Zeitschriftenanteile der Fächer, Preisunterschiede der jeweiligen Fachliteratur, Ausbaugrad der Fächer, der gegenseitige Nutzen verwandter Fächer. Für die einzelnen Fachbereiche ergaben sich prozentuale Anteile zwischen 5,5% und 13%. Für übergreifende Beschaffungen wurden rund 7% angesetzt.

Im Jahr 2004 räumte die Spitze der Universität der Leitlinie „Dezentrale Ressourcen-Verantwortung“ auch im Bereich der Literatur- und Informationsversorgung einen großen Stellenwert ein. Die Fachbereiche sollten auch über Bücher und Zeitschriften eigenverantwortlich entscheiden. Einen Vorwegabzug gab es ab 2004 nur noch für den übergreifenden Medienkauf durch die UB sowie für Sachmittel im engeren Sinne wie Geschäftsbedarf. Seit dem Haushaltsjahr 2004 werden die für die Literaturerwerbung der Fächer vorgesehenen Mittel, das sind drei Viertel der Bibliotheksmittel, vom Präsidenten direkt den Fachbereichen zugewiesen. Diese können frei entscheiden, ob sie genau diese Mittel der UB für die Literaturerwerbung und digitale Informationsversorgung zur Verfügung stellen oder einen Teil für andere Zwecke im Fachbereich verwenden. Die operative Abwicklung der Erwerbung bleibt bei der UB.

Die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Summe auf die Fachbereiche erfolgt nach dem bisherigen Bibliotheksschlüssel und nicht nach dem internen Mittelbemessungsmodell, welches eng angelehnt ist an das Mittelbemessungsmodell des Landes Rheinland-Pfalz zur Verteilung der Mittel für Forschung und Lehre sowie für Rechenzentren. Das Mittelbemessungsmodell sieht eine jährlich schwankende prozentuale Verteilung vor. Der Bibliotheksschlüssel beruht grundsätzlich auf bibliothekarischen Kriterien. Diese Vorgehensweise wurde gewählt, um aufwändige Diskussionen zu vermeiden, denn die Unterschiede zwischen Mittelbemessungsmodell und Bibliotheksschlüssel sind für einige Fächer gravierend und differieren um bis zu 4 Prozentpunkten.

Die einzelnen Fachbereiche haben die Mittel unterschiedlich eingesetzt. Einige Fachbereiche behielten einen Prozentsatz ein, die meisten Fachbereiche buchten genau die für die Zwecke der Bibliothek zugewiesene Summe auf die UB um.

Im Jahr 2005 erfolgt die Mittelzuweisung wieder wie im Jahr 2004 über die Fachbereiche. Bis auf zwei Fachbereiche leiteten alle anderen genau die gemäß Bibliotheksschlüssel angesetzten

⁶ <http://www.opus-bayern.de/bib-info/volltexte/2006/224/>

Summen an die UB weiter. Manche erhöhten die zugewiesenen Literaturmittel aus Eigenmitteln, insbesondere die Sozialwissenschaften.

Die Erfahrungen aus zwei Jahren zeigen, dass letztlich fast die kompletten für die Literaturerwerbung an die Fachbereiche gegebenen Mittel an die UB fließen, zu 98,8% im Jahr 2004 und zu 97,7% im Jahr 2005. Dies führt zu der Einschätzung, dass eine Universitätsbibliothek eine etablierte Einrichtung innerhalb einer Hochschule ist, sodass Änderungen im Verfahren, wie der Etat der Bibliothek bestückt wird, auf kurze Sicht keine nennenswerten Auswirkungen auf die Literatur- und Informationsversorgung haben. Mittelfristig kann durch dezentrale Zuweisung von Literaturmitteln über die Fachbereiche eine kontinuierliche Literaturversorgung gefährdet sein. In der Breite beschaffte Grundlagenliteratur und eine adäquate Bestückung der Lehrbuchsammlung könnte gegenüber aktuellem Forschungsinteresse und Einsparerwägungen zurücktreten. Verhandelbare Kosten wie Rabatte oder Bearbeitungsgebühren könnten bei fehlender Planungssicherheit nicht ausgereizt werden, was das Gesamteinkaufsvolumen schmälert. Insbesondere Studierende könnten unter der befürchteten Diskontinuität leiden, da sie nicht auf alternative Beschaffungsquellen wie persönliche Kontakte oder den Bezug über Dokumentenlieferdienste unter Belastung der Fachbereichs-Sachmittel zurückgreifen können. Des Weiteren könnte das inneruniversitäre Klima durch fachbereichsinterne Verteilungskämpfe um den Etat zwischen einer „Literatur/Informationsversorgungs-Fraktion“ und der „Labor-/Maschinen-Fraktion“ negativ beeinflusst werden.

In der Diskussion wurde als Vorteil des Modells noch einmal hervorgehoben, dass mit dieser Vorgehensweise sich in Fächern mit starkem Zeitschriftenbedarf herausstellen wird, welchen Stellenwert Zeitschriften tatsächlich haben und welche Titel benötigt werden. Allerdings stellt sich die Frage der Subventionierung von Fachbereichen mit hochpreisigen Zeitschriften, zum Beispiel der Chemie. Eine Antwort auf diese Frage könnte sein, zukünftig das Mittelbemessungsmodell auch auf die Verteilung der Literaturmittel anzuwenden.

Ergebnis

Die sehr unterschiedlichen Modelle zeigten auf, dass es keine ideale naturgegebene Methode zur Bewirtschaftung der Literaturmittel gibt. Es gibt eine Fülle unterschiedlicher Ansätze zur Bewirtschaftung der Literaturmittel, die alle ihre Vor- und Nachteile haben. Wichtigstes Ziel ist, dass die Bibliotheken unter den jeweils von der Universität vorgegebenen Rahmenbedingungen und Entscheidungsparametern die Situation kreativ nutzen, um mit den verfügbaren Mitteln eine möglichst gute Informationsversorgung zu realisieren.

*Anne Otto, Zentralbibliothek des Forschungszentrums Jülich
Adalbert Kirchgäßner, Bibliothek der Universität Konstanz*